



## Ministerium für Inneres und Sport

### Interkulturelle Kompetenz

### Innenministerin diskutiert mit Anwärtern der Fachhochschule Polizei über Jüdisches Leben in Deutschland

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der Fachhochschule Polizei in Aschersleben diskutierte Innenministerin Dr. Tamara Zieschang gemeinsam mit dem Chefredakteur der jüdischen Allgemeinen Zeitung, Philipp Peyman Engel, und Polizeianwärtern aus Ausbildung und Studium über die Frage, wie sich jüdisches Leben in Deutschland heute zwischen Sichtbarkeit, Sicherheit und Normalität gestaltet.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen sowohl gesellschaftliche als auch staatliche Perspektiven: Wie zeigt sich jüdisches Leben heute im Alltag? Wo wird es sichtbar – und wo bleibt es bewusst zurückhaltend? Welche Verantwortung trägt der Staat für den Schutz jüdischen Lebens? Und wie verändert sich die Erinnerungskultur im Zuge eines fortschreitenden Generationswechsels?

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Jüdisches Leben ist heute sowohl durch eine lebendige religiöse und auch kulturelle Präsenz als auch durch eine historisch geprägte Erinnerungskultur sichtbar. Der Schutz jüdischer Einrichtungen ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Sie unterliegen einer hohen besonderen abstrakten Gefährdung. Die Anschläge im europäischen Ausland zeigen deutlich, dass die Polizeipräsenz vor jüdischen Einrichtungen kein Symbol, sondern eine klare Antwort auf eine reale Gefährdungslage ist.“

Ein weiterer Schwerpunkt der Podiumsdiskussion lag auf der Frage, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit jüdischem Leben für junge Menschen hat, insbesondere für die Anwärterinnen und Anwärter der Landespolizei Sachsen-Anhalt.

Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der jüdischen Allgemeinen Zeitung: „Die Massaker der palästinensischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 waren eine Zäsur – sowohl für Israel als auch für das jüdische Leben in Deutschland. Es war nicht nur das größte Pogrom an Juden seit dem Holocaust. Es bedeutete auch, dass sich der Antisemitismus in der Bundesrepublik enthemmter und aggressiver zeigt denn je. Die ohnehin schon alarmierenden Judenhass-Fallzahlen sind seitdem noch mal geradezu explodiert. Wir verzeichnen eine Zunahme von rund 400 Prozent. Besonders alarmierend: der israelbezogene Menschenhass. Das Gros der Juden fühlt sich infolgedessen entfremdet von der eigenen Heimat. Viele, besonders junge jüdische Familien, fragen sich: Wie können wir angesichts dieser massiven Anfeindungen vor allem aus der muslimischen Gemeinschaft und aus politisch linken Milieus – begleitet vom klassischen Judenhass von Rechtsextremen – in Frieden und Freiheit im eigenen Land leben? Die erste akute Maßnahme muss also lauten, dem Judenhass politisch, medial und gesellschaftlich entschieden entgegenzutreten: Und zwar nicht nur, wenn es sich um Rechtsextreme handelt, sondern auch, wenn die Antisemiten wie allzu häufig Migranten, Muslime oder linke Deutsche ohne Migrationshintergrund sind. Es darf keinen Kulturrabatt auf Menschenhass geben.“

Die Podiumsdiskussion machte deutlich, dass jüdisches Leben in Deutschland heute selbstverständlich Teil der Gesellschaft

ist – zugleich aber weiterhin besonderen Schutz und Aufmerksamkeit benötigt. Sicherheit, Sichtbarkeit und Normalität stehen dabei nicht im Widerspruch, sondern bilden gemeinsam die Grundlage für ein respektvolles und friedliches Zusammenleben.

#### Hintergrund:

Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen der Umsetzung der Vereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt statt, die im August 2022 als „Kooperationsvereinbarung Polizeirabbiner bzw. Vertrauensperson für jüdisches Leben“ geschlossen wurde. Demnach sollen die Wissensvermittlung und die Etablierung eines Austausches zu jüdischem Leben in Deutschland innerhalb der Fachhochschule Polizei jeweils in den Bereichen der Ausbildung, des Studiums und der Fortbildung erfolgen. Im September 2022 wurde der Polizeirabbiner für die Landespolizei berufen. Dieser gestaltet das Studium sowie die Aus- und Fortbildung an der Fachhochschule Polizei mit und steht als Ansprechperson zur Verfügung.

Impressum:  
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt  
Verantwortlich:  
Patricia Blei  
Pressesprecherin

Halberstädter Straße 2 / am "Platz des 17. Juni"  
39112 Magdeburg

Telefon: 0391 567-5504/-5507/-5508/-5514/-5516  
Fax: 0391 567-5520  
E-Mail: [Pressestelle@mi.sachsen-anhalt.de](mailto:Pressestelle@mi.sachsen-anhalt.de)